

NACHRICHTEN

Landtag hebt Immunität Dagmar Ensch-Engels auf

Saarbrücken. Der Rechtsausschuss des Saar-Landtags hat gestern die Immunität der Linken-Abgeordneten Dagmar Ensch-Engel aufgehoben. Sie soll den Ex-Kreischef der Merziger Linken, Dieter Heinrich, beleidigt haben. Durch Aufhebung der Abgeordnetenimmunität können die Vorwürfe strafrechtlich geklärt werden. Ensch-Engel bestreitet die Vorwürfe. Der Ausschuss habe die Aufhebung einstimmig beschlossen, hieß es. red

Anhörung zum Lebacher Aufnahmelaager

Saarbrücken. Zur rechtlichen Situation in der Landesaufnahmestelle werden am Donnerstag, 27. Mai, im saarländischen Landtag unter anderem der Saarländische Flüchtlingsrat, die Aktion Dritte Welt Saar und der Deutsch Ausländische Jugendclub angehört. Das sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Datenschutz, Lothar Schnitzler (Die Linke) der Saarbrücker Zeitung. Hingegen sei die kurdische Gemeinde im Saarland, die einen Antrag auf Anhörung gestellt hatte, nicht als Anzuhörende bestimmt worden. Seitens der FDP-Landtagsfraktion sei eingewendet worden, dass die kurdische Gemeinde derzeit vom Landesverfassungsschutz überwacht werde. bera

Linke: Biomüll künftig im Saarland entsorgen

Saarbrücken. Astrid Schramm, Mitglied der Linkenfraktion im saarländischen Landtag, hat sich dafür ausgesprochen, den saarländischen Biomüll künftig im eigenen Land zu entsorgen. „Bei der Neuorganisation der Bioabfall-Entsorgung ist auf eine saarländische Lösung zu achten“, so Schramm nach der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr. Eine Entsorgung außerhalb des Saarlandes müsse vermieden werden. Derzeit werde der Bioabfall etwa nach Magdeburg oder zum Bodensee gebracht. red

Weisweiler hofft auf Burda-Preis 2010

Saarbrücken/Berlin. Morgen wird in Berlin der Felix-Burda-Award (Preis) 2010 verliehen, ein saarländisches Projekt ist nominiert und Saar-Gesundheitsminister Georg Weisweiler (FDP) ist bei der Gala dabei. Das Modellprojekt zur Darmkrebsvorsorge geht in der Kategorie Medizinische Vorsorge an den Start. Weisweiler freute sich gestern „sehr über die Nominierung, denn sie ist bereits eine große Auszeichnung und zeigt, dass wir im Saarland den richtigen Weg eingeschlagen haben“. Das saarländische Gesundheitsministerium hat den Preis bereits 2008 in der selben Kategorie für seine Kampagne „Saarland gegen Darmkrebs“ gewonnen. red

Produktion dieser Seite:
Hans-Christian Roestel
Dietmar Klostermann

Landespolitik/Region

Telefon: (06 81) 5 02 20 41
Fax: (06 81) 5 02 22 19
E-Mail: politik@sz-sb.de

Team Landespolitik/Region:

Oliver Schwambach (oli, Leiter), Dietmar Klostermann (dik, stellv. Leiter), Guido Peters (gp, stellv. Leiter), Norbert Freund (nof), Patrick Griesser (pg), Christine Koch (ko), Johannes Schleuning (jos), Gerhard Franz (gf, Reporter)

Keine Schule für Felix

Ein autistisches Kind gilt im Bildungsministerium als nicht beschulbar

Wenn Kinder unter Autismus leiden, haben die Eltern im Alltag eine schwere Bürde zu tragen. Ein Fall aus dem Saarland zeigt, welche Probleme auch Schulen und Bildungsministerien damit haben.

Von SZ-Mitarbeiterin
Heike Theobald

Saarbrücken/Völklingen. Felix (Name von der Redaktion geändert), zwölf Jahre alt, ist aufgeweckt, neugierig und wissbegierig. Der Junge würde gerne die Schule besuchen, darf es aber nicht. Felix ist Autist und leidet zudem an einer Tic-Störung, das heißt, er gibt laute Geräusche und unkontrollierte Bewegungen von sich.

Bisher fand sich keine Schule, die Felix im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterrichten wollte oder konnte. Das saarländische Bildungsministerium entschied, dass der Junge nicht zu beschulen ist und brachte seine Schulpflicht zum Ruhen. Dagegen klagten nun Felix' Eltern. Rechtsanwalt Bernd Lünemann aus Saarbrücken vertritt die Familie vor Gericht.

Mit sieben Jahren wurde Felix eingeschult, besuchte die Johannes-Schule in Bildstock, eine Waldorf-Einrichtung für Lern- und Erziehungshilfe. Ihn zu unterrichten, stellte die Lehrer vor große Herausforderungen, was Reinhard Wieser, Geschäftsführer der Johannes Schule auf Anfrage bestätigt. Felix verhielt sich auffällig, musste oft aus dem Klassenverband heraus – in einen Nebenraum zum Einzelunterricht. Seine Eltern glauben, dass ständig wechselnde Schulbe-



Kinder auf ihrem Schulweg - nur Felix nicht.

Foto: dpa

gleiter und Pädagogen seine Aussetzer gefördert haben, was Wieser nicht abstreitet.

Innerhalb von vier Jahren versuchten vier Begleiter sich auf die Bedürfnisse des Kindes einzustellen, fünf Pädagogen waren bemüht, ihn zu unterrichten. Ein Schulbegleiter schaffte zwar noch einmal ein Vertrauensverhältnis zu dem Jungen aufzubauen. „Dadurch wurde erreicht, dass Felix sehr wohl beschult werden konnte“, sagt Lünemann. Aber der Schulbegleiter wurde nur für ein halbes Jahr eingesetzt. Die Situation warf Felix dann im vergangenen Jahr völlig aus der Bahn.

Die Schulkonferenz entschied, das Kind nach den Sommerferien 2009 nicht mehr weiter zu unterrichten. Seither sind die Eltern zusammen mit

dem Jugendamt der Stadt Völklingen auf der Suche nach einer neuen Schule für den Zwölfjährigen.

Laut SZ-Informationen ließ das Bildungsministerium im Oktober 2009 die Familie wissen, dass bei Felix angesichts seiner „Schulunfähigkeit das Ruhen der Schulpflicht“ festgestellt wird. Der Junge sei weder in einer Förderschule noch durch Sonderunterricht zu fördern, hieß es im Bescheid. Zudem gebe es keine schulische Einrichtung im Saarland, die eine für Felix angepasste intensive pädagogische und therapeutische Betreuung leisten könne. Dagegen reichte der Anwalt Klage ein. „Nur weil das Saarland keine Schule für Felix hat, ist der Junge nicht zu beschulen. Das ist unglaublich“, sagt Lünemann.

Minister mit 15 Aufsichtsratsposten

Wie Karl Rauber seinem Mandat als CDU-Landtagsabgeordneter nachkommt

Welchen Nebentätigkeiten gehen unsere Landtagsabgeordneten nach? Gibt es Beschäftigungsverhältnisse, die ein „Geschmäckle“ haben? Kommen sie ihrer parlamentarischen Arbeit noch gebührend nach? Wir haben die Politiker, die Angaben zu Nebentätigkeiten gemacht haben, unter die Lupe genommen. Heute: Karl Rauber (Foto: atb).



Karl Rauber

Nebentätigkeiten der Politiker SZ-Serie

Saarbrücken. „Mein Job ist Chef der Staatskanzlei und Minister für Bundesangelegenheiten und Kultur“, sagt Karl Rauber. „Das fordert mich zu 100 Prozent.“ Allerdings ist der 58-Jährige auch noch CDU-Landtagsabgeordneter – und außerdem Mitglied in insgesamt 15 Aufsichtsräten und zwei Verwaltungsräten. Kann man da seinem Mandat als Abgeordneter überhaupt verantwort-

lich nachkommen? „Viele meiner Aufgaben als Staatskanzlei-Chef und Minister decken sich so wie mit denen als Abgeordneter“, sagt Rauber. „Und die allgemeine Parlamentsarbeit sowie alle Plenarsitzungen nehme ich natürlich wahr“, sagte er. Für die insgesamt 17 Aufsichts- und Verwaltungs-ratsposten opfere er „pro Quartal etwa eine Woche“ an Sitzungszeit. Das Gros der Mitgliedschaften in Aufsichts- und Verwaltungsräten sei an seine Ämter gekoppelt. Bei den Sitzungs-vorbereitungen würden Mitarbeiter der Staatskanzlei helfen. Aufwandsentschädigungen erhalte er als Minister nicht, wohl aber Sitzungs-gelder – „rund 200 Euro im Quartal“. Aus der Höhe solcher Einkünfte will Rauber kein

Geheimnis machen – und hält es denn auch für „sinnvoll, wenn Landtagsabgeordnete die Höhe ihrer Einkünfte aus Nebentätigkeiten offen legen“. So wie im Bundestag. Hierzulande ist das bislang nicht vorgeschrieben. jos

HINTERGRUND

Abgeordnete sind nach der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages verpflichtet, alle neben dem Mandat ausgeübten Berufe (angestellt, selbstständig oder freiberuflich) sowie sämtliche entgeltliche oder vergütete Tätigkeiten (mehr als 250 Euro pro Monat bzw. mehr als 3000 Euro pro Jahr) anzugeben. Die Höhe der jeweiligen Einkünfte muss allerdings nicht angegeben werden. Dass neben dem Mandat ein Beruf ausgeübt wird, ist nicht verboten. jos

FDP-Fraktion fordert Nacht-Bereitschaft für Richter im Saarland

Saarbrücken. Die Entscheidung des Saarländischen Verfassungsgerichtshofes (die SZ berichtete), wonach Polizisten nachts ohne Zustimmung eines Richters Blutproben anordnen dürfen, löst heftige Kritik bei der FDP im Landtag aus. Fraktionschef Horst Hirschberger erklärte, er teile die Auffassung der Verfassungsrichter nicht, es handle sich bei der angeordneten Blutprobe nur um einen geringfügigen Eingriff. Die Strafprozessordnung schreibe ausdrücklich den Richtervorbehalt fest.

Nur in Ausnahmefällen dürften Polizisten die Blutprobe anordnen. Im Saarland sei in der Regel nachts aber kein Richter in Bereitschaft. Hirschberger regt deshalb jetzt einen „zentralen 24-stündigen richterlichen Bereitschaftsdienst an“, wie er in anderen Bundesländern bereits Praxis sei. „Dies sollte uns und der Richterschaft der Rechtsstaat schon wert sein.“ mju

Saarländer sollen Elektroautos im Kollektiv fahren

Ministerin Peter plant Modell der Gemeinschaftsnutzung von Autos in Verbindung mit dem öffentlichen Nahverkehr

Überall schießen derzeit Modellprojekte für Elektromobilität aus dem Boden. Das Saarland bewirbt sich im Mai auf einem Themen-Gipfel in Berlin mit einer besonderen Variante um mögliche Fördergelder.

Von SZ-Korrespondent
Werner Kolhoff

Berlin/Saarbrücken. Die saarländische Umweltministerin Simone Peter (Grüne, Foto: dpa) will stromgetriebene Fahrzeuge zur kollektiven Nutzung anschaffen. Eine Art öffentliches „Car-Sharing“-Modell zur gemeinschaftlichen Nutzung eines Wagens auf Elektrobasis ist in Ar-

beit. Bisher ist es nur eine Idee: Beginnend in einem städtischen Ballungsraum, wahrscheinlich Saarbrücken, soll es eine lokale „E-Mobil-Flotte“ geben, die jeder nutzen kann. Die Fahrzeuge werden dabei, ähnlich wie beim Fahrradverleih der Bahn, kurzfristig geordert oder an der nächsten Service-Station abgeholt. Bezahlt wird nach Gebrauch. Danach werden die Autos wieder zurückgegeben. Der elektrische Fuhrpark soll in den öffentlichen Personennahverkehr integriert sein, also eng mit ihm kooperieren.

Erstellt hat das Konzept das Berliner Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel InnoZ.

Deren Geschäftsführer Andreas Knie sagte am Donnerstagabend bei der Präsentation in der Berliner Landesvertretung des Saarlandes, das Elektroauto könne seine Vorteile in der herkömmlichen Form, als Fahrzeug im individuellen Besitz, nicht ausspielen: „Es ist doppelt so teuer und kann nur halb so viel. Das rechnet sich nicht“. In Kombination mit dem öffentlichen Nahverkehr aber werde es zur „Verzahnungsmaschine“.

Knie zielt vor allem auf die Auslastung der Fahrzeuge. Herkömmliche Autos stehen zu mehr als 90 Prozent ungenutzt in der Garage oder am Straßenrand herum. Beim saarländischen E-Mo-



Simone Peter

bil-Konzept sind es nur 50 Prozent. Etliche Zuhörer der gut besuchten Veranstaltung in der Landesvertretung meinten allerdings, es könne Akzeptanzprobleme beim Publikum geben, das das eigene Auto teilweise als zweites Wohnzimmer betrachte. „Man muss ein Hotel ja nicht kaufen, um ein paar Mal drin zu übernachten“, konterte Andreas Knie. Voraussetzung dafür, dass die Elektromobilität ökologisch Sinn macht, ist laut Ministerin Peter, dass der Strom aus erneu-

Anzeige

SAARLANDS BESTER SERVICE
Wir sind dabei!

BLUMEN
L. P. P. P.

Weitere Infos zur Aktion finden sich im Internet unter www.saarbruecker-zeitung.de/besterservice.

SAARLANDS BESTER SERVICE 2010

Erster Tag der Barrierefreiheit

Kirkel. Heute findet in der Gemeinde Kirkel der erste Tag der Barrierefreiheit im Saarland mit Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen statt. Organisatoren sind die evangelischen Landeskirchen, die katholischen Diözesen und der Landesbehindertenbeirat. Ab 10.30 Uhr wird der Tag am Johann-Klepper-Haus (Triftstraße) eröffnet. red

Wochenschau



Guido Peters

Ein Datenschützer aus dem Ministerium?

Ja, es darf munter weiter spekuliert werden, wer demnächst auf dem Sessel des saarländischen Datenschutzbeauftragten Platz nehmen wird. Das jüngste Gerücht: Die Landesregierung, die gegenüber dem Parlament das Vorschlagsrecht hat, favorisiere den Beauftragten für den privaten Datenschutz im Innenministerium, Gerhard Metzler. Der Ministerpräsident selbst soll im Koalitionsausschuss diesen Namen ins Spiel gebracht haben, wird gemunkelt. Die Staatskanzlei hüllt sich offiziell in Schweigen, will die Personalie weder bestätigen noch dementieren. Das verwundert kaum, schließlich hat die Koalition in der öffentlichen Diskussion über einen neuen Datenschützer schon genügend politisches Porzellan zerdeppert. Doch die neuesten Vermutungen sind nicht ganz von der Hand zu weisen: Schließlich ist im Koalitions-Vertrag der Jamaikaner festgeschrieben, den Datenschutz für den öffentlichen und privaten Bereich in einem unabhängigen Datenschutzzentrum zusammenzufassen. Die Zeit drängt. Der Landtag muss im Mai eine Entscheidung treffen. Denn Ende kommenden Monats läuft die Amtszeit des amtierenden Landesdatenschutzbeauftragten aus. Roland Lorenz wird mit 60 wohl seinen Hut nehmen und vorzeitig in den Ruhestand gehen müssen. Auf Kosten der Steuerzahler. Aber was soll's, das Saarland hat's ja ... Oder?